

Preußische Reformen

Die Preußischen Reformen, nach ihren Vordenkern auch Stein-Hardenbergsche Reformen genannt, waren eine Serie von Staats-, Verwaltungs- und Wirtschaftsreformen in Preußen zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Mit den Reformen reagierte Preußen auf die vernichtende Niederlage gegen Napoleon 1806 in der Schlacht bei Jena und Auerstedt. Preußen verlor im Frieden von Tilsit 1807 rund die Hälfte seiner Fläche und der Staatshaushalt wurde durch hohe Kontributionszahlungen an Frankreich belastet. Die desolate Lage des Staates nötigte die Regierung zu tief greifenden, auf den Ideen der Aufklärung beruhenden Reformen. Handlungsfelder waren die Staatsverwaltung, die Agrarverfassung, das Militär und das Bildungswesen. Zu den Ergebnissen zählten die Bauernbefreiung, die Gewerbefreiheit, die allgemeine Schul- und die allgemeine Wehrpflicht sowie die Gleichstellung der Juden. Die von einigen Reformern geforderte verfassungsrechtliche Überführung Preußens in eine konstitutionelle Monarchie blieb aus. Nach dem Ende der Befreiungskriege und dem Wiener Kongress gewannen in Preußen wieder restaurative Tendenzen die Oberhand, so dass um 1820 die Zeit der Preußischen Reformen endete.

Literatur:

NIPPERDEY, Thomas, Deutsche Geschichte 1800-1866: Bürgerwelt und starker Staat, München 2013, S. 33-68.

Empfohlene Zitierweise:

Preußische Reformen, in: 'Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917-1929)', Schlagwort Nr. 2177, URL: www.pacelli-edition.de/Schlagwort/2177. Letzter Zugriff am: 03.05.2024.